

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

9.5.1868 (No. 110)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. Mai.

N. 110.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einkaufspreis: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Erscheinungsort: Karlsruhe, Friedrichs-Str. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 6. d. M. gnädigst geruht, dem Hofrath Dr. Hermann Kopp an der Universität Heidelberg den Charakter als Geheimer Hofrath zu verleihen; aus der Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten den Hofrath Grasshoff zum Direktor der Polytechnischen Schule für das Studienjahr 1868/69 zu ernennen; ferner mit höchster Entschliessung vom gleichen Tag den Professor Dr. Köchy an der Universität Heidelberg, den Lycäumdirektor Dr. Wendt in Karlsruhe, den Lycäumdirektor Scherm in Rastatt und den Professor Dr. Scheil an der Polytechnischen Schule in Karlsruhe zu außerordentlichen Mitgliedern des Oberschulraths auf die Dauer von drei Jahren zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 29. v. Mts. gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Emil Frieberg in Halle zum ordentlichen Professor des Kirchenrechts, Völkerrechts und der juristischen Encyclopädie an der Universität Freiburg zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. d. Mts. gnädigst geruht, den Hilfslehrer an der Polytechnischen Schule, Baupraktikanten Leopold Heinrich von Karlsruhe, zum Eisenbahnhochbau-Inspektor bei der Direktion der Großh. Verkehrsanstalten zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† München, 8. Mai. Der König ernannte mittelst Handbillet den Kriegsminister v. Prantl in Anerkennung seines Wirkens für die Armee zum lebenslänglichen Reichsrath.

† Wien, 7. Mai. Fürst Richard Metternich, der Botschafter in Paris, ist bereits in Wien. Heute Morgen um 10 Uhr traf er ein, heute Mittag um 12 Uhr war er schon zum Kaiser entbunden. — Hr. v. Beust arbeitet bereits wieder, obgleich er das Zimmer noch nicht verlassen darf.

† London, 7. Mai, Nachts. Das Unterhaus hat beide Resolutionen Gladstone's genehmigt, nachdem Hardy im Namen des Ministeriums dessen Nichtzustimmung erklärt hatte.

### Deutschland.

Karlsruhe, 8. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 31 enthält eine Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern: Verordnung über die Bewirthschaftung der Gemeinde- und Körperschaftswahlungen.

Stuttgart, 3. Mai. Dem „W. Staatsanz.“ zufolge ist die Reform des israelitischen Kirchenwesens von dem Hrn. Minister des Kirchen- und Schulwesens in Angriff genommen worden. Der Referent der israelitischen Oberkirchenbehörde, Regierungsrath Jordan, hat einen Entwurf ausgearbeitet, welcher in diesen Tagen zunächst einmal einer speziellen Berathung unterworfen werden soll. Das Resultat dieser Berathung soll sodann einer größeren Kommission, theils aus Laien, theils aus Geistlichen bestehend, zur Begutachtung unterstellt werden. Auf diese Weise soll ein Entwurf, der an die Stelle des betreffenden Titels des Israelitengesetzes vom Jahr 1828 zu treten hätte, für die Stände vorbereitet werden. Es handelt sich insbesondere darum, das israelitische Kirchenwesen auf einer freieren Grundlage zu gestalten und die manichfachen bürokratischen Schranken, welche das gedachte Gesetz, entsprechend den damaligen Anschauungen, enthält, zu beseitigen. Ferner ist man im Ministerium des Kirchen- und Schulwesens bermalen mit einem Gesetzentwurf über Regelung der Verhältnisse der Dissidenten, der Baptisten, der Deutschkatholiken, der Jerusalemfreunde, der Mormonen u. s. w., überhaupt derjenigen, welche sich nicht zu einer der drei christlichen Konfessionen bekennen, beschäftigt.

München, 6. Mai. (Münch. Corr.) Der am 21. März d. J. zwischen Bayern und Sachsen-Meiningen abgeschlossene Staatsvertrag wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Schweinfurt über Dethlefsbach und Neustadt a. Saale hat nunmehr die Ratifikation sowohl des Königs als des Herzogs von Sachsen-Meiningen erhalten.

Darmstadt, 7. Mai. (Fr. Z.) In Folge Beschlusses der Militär-Erziehungsbehörde soll, aus besonderen Rücksichten, den in 1848 gebornen gerufenen, aber nicht bestandenen Militärschülern ein nochmaliges Gelegentheil geboten werden, ihre Befähigung bei einer Prüfung im Septbr. l. J. nachzuweisen; die dann aber nicht Bestehenden werden als vorzugsweise Ein-

zufellende behandelt und können an der diesmaligen Musterung und Loosziehung nicht Theil nehmen.

Lübeck, 7. Mai. Der Bürgerausschuss stellte den Antrag, der Senat möge ein Verbot gegen das Spiel an Sonntagen Seitens der Spielbank zu Travemünde und ein mit Strafanordnung verbundenes Spielverbot für die Staatsangehörigen Lübecks erlassen.

† Berlin, 7. Mai. Die „Prov.-Corr.“ führt aus, daß das Recht des Zollparlaments, eine Adresse zu votiren, unzweifelhaft sei, und die Rücksicht auf die Stimmung des Auslandes bilde keinen Enthaltungsgrund. Die Bedenken gegen die Adresse betreffen lediglich die inneren deutschen Verhältnisse. Die süddeutsche Majorität könnte darin eine Verletzung dieser Rücksichten erblicken. Die Hauptsache sei, daß durch wahre Veröhnung die nationalen Einrichtungen gefördert würden. Der Standpunkt der Regierung in der deutschen Frage bleibe derjenige der Birkulardepeche vom 7. September 1867. — Der Kronprinz kehrt morgen hierher zurück.

\* Berlin, 7. Mai. Gestern berietten die Fraktionen der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen über die Adresse. Die Fortschrittspartei beschloß in erster Linie für die einfache Tagesordnung zu stimmen, und wenn diese abgelehnt wird, für folgende motivirte Tagesordnung:

In Erwägung, daß die Begründung des Zollvereins, seine Erhaltung durch alle Krisen des politischen Lebens hindurch und seine jetzige Neugestaltung, welche die Vertretung des deutschen Volkes zu gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit in einer Versammlung vereinigt, ein Unterpfand dafür gewährt, daß der Rechtsanspruch der Nation auf eine alle Stämme derselben umschließende Verfassung, und auf Entscheidung aller ihrer gemeinsamen Interessen in einem deutschen Parlament seine Erfüllung finden wird, sobald derselben die Entwicklung der politischen Freiheit ebenso verbürgt ist, als diejenige der wirtschaftlichen Freiheit im Zollverein; —

In Erwägung ferner, daß zunächst einmüthiges Zusammenwirken im Zollparlament zur ferneren Entfesselung des Verkehrs und zur Erleichterung der dem deutschen Volk in den indirekten Steuern auferlegten Lasten die Erreichung dieses Zieles zu fördern geeignet ist — beantragt p. p. über den Antrag der Abgeordneten Weg und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Die Nationalliberalen beschloßen, an der Adresse festzuhalten, wenngleich sie im voraus wissen, daß sie nicht angenommen werden wird. Der Grund hierzu liegt angeblich darin, daß man erwartet, der bayrische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe, welcher wegen der Adressdebatte heute hier eingetroffen ist, werde Gelegenheit nehmen, sich über die Adresse zu äußern, und dadurch andere Mitglieder, welche jetzt gegen die Adresse und für motivirte Tagesordnung sind, veranlassen, für die Adresse zu stimmen.

Fürst Lichnowski ist bei einem Spazierritt gestern mit dem Pferd gestürzt und hat den Arm gebrochen.

Berlin, 7. Mai. Sitzung des Zollparlaments vom 7. Mai.

In der heutigen Sitzung des Zollparlaments, welcher der Vorsitzende der Bundeskommissionäre, Graf v. Bismarck, Präsident Delbrück und viele andere Bundeskommissionäre bewohnten und welche sehr zahlreich sowohl von den Mitgliedern als auch von Zuhörern besucht war, trat das Parlament nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten in die Debatte über den Antrag der Abg. Weg und Genossen auf Erlass einer Adresse. Die Versammlung beschloß zunächst in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Gegenstandes, zu welchem zwei Anträge auf motivirte und auch zwei Anträge auf einfache Tagesordnung vorlagen, die Referenten, von denen der Abg. v. Bennigsen Anträge, der Abg. v. Thüngen Ablehnung des Adressentwurfs beantragte, zu hören und sodann nach Anhörung eines Redners für und eines Bedners gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung denselben zur Abstimmung zu bringen. Von den Referenten erhielt bei der Debatte zunächst das Wort der

Abg. v. Bennigsen: Se. Maj. der König von Preußen hat, von seinem ihm nach dem Vertrag vom 8. Juli zustehenden Recht Gebrauch machend, mit einer feierlichen Thronrede in Person das Zollparlament eröffnet. Es fragt sich, ob es nicht geboten und politisch ist, dieser feierlichen Thronrede einen Auspruch des Zollparlaments gegenüberzustellen, welcher auszusprechen, was seine Aufgabe und deren Bedeutung sei in dem seit 1866 erfolgten Entwicklungsgang der deutschen Geschichte. Sie werden sich erinnern, daß schon beim Zusammentritt des ersten Reichstags eine Adresse beantragt wurde; damals war jedoch eine Verfassung noch nicht vereinbart und trat naturgemäß die Debatte über die Verfassung an ihre Stelle. Anders stand die Sache im Herbst v. J. Redner geht nunmehr auf die Entwicklung der deutschen Verhältnisse, wie sie schließlich zum Zusammentritt des Zollparlaments geführt, ein und erläutert die auf eine Einigung Deutschlands hinielenden Stellen der früheren Adresse und der gehaltenen Thronreden und fährt fort: Nachdem wir nun nur die Absicht kundgegeben, unsere Stellung zu der Thronrede bei Eröffnung des Zollparlaments und zu dem Ziel der nationalen Einigung kund zu geben, da hoffen wir bei einem großen Theil von Ihnen auf Widerstand, und das ist auch nicht zu verwundern nach der in Süddeutschland stattgehabten Wahlbewegung, deren Feldgeschrei „Anschluß an Norddeutschland oder nicht“ lautete. Der anfängliche Ge-

banke, der Süden solle durch den Norden majorisirt werden, es werde eine Kompetenzerweiterung des Zollparlaments beabsichtigt, kann nach dem Wortlaut der Adresse nicht mehr vorhanden sein und war überhaupt auf Grundlage der Verträge vom 8. Juli v. J. nicht möglich. — Redner beleuchtet nun den Inhalt des Adressentwurfs selbst, darlegend, wie in demselben nur der Wunsch ausgesprochen werde, durch die vereinte Kraft der deutschen Nation und im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen den Ausbau des gemeinsamen Werkes nationaler Einigung zu vollenden und führt weiter aus, daß dies Werk der nationalen Einigung für den Augenblick, namentlich in Anbetracht der noch großen, von Preußen zu erfüllenden Aufgaben, nicht denkbar sei und wir nicht darauf bringen können, widersprechende Elemente zu uns herüberzuführen. Die Verhältnisse aber werden sich hoffentlich bald anders gestalten und wir können uns der Verpflichtung nicht entziehen, den Süddeutschen den Eintritt zu jeder Zeit offen zu halten und die begünstigten Verträge mit den einzelnen Regierungen abzuschließen. Für den Augenblick drängen die Verhältnisse nicht. Ist nun die Sachlage so, so möchte ich glauben, daß wir, bevor wir uns an die materiellen Aufgaben begeben, uns sehr wohl bewegen können, unsere Stellung der Thronrede des Königs gegenüber kundzugeben. Ich für meine Person bezweifle, ob der von anderer Seite hervorgehobene Weg der Vertagung der beste ist. Die uns vorliegenden Arbeiten sind von materiellen Interesse, sind Fragen, wo der Nord und Süd oft in schroffer Weise gegenüberstehen, und die materiellen Gegensätze sind nicht zu heben, wenn nicht die Gesamtaufgaben der Einzelstaaten in Betracht gezogen werden. Noch auf eine andere Seite muß ich aufmerksam machen. Was im Jahr 1866 für Deutschland erreicht und bis heute fortentwickelt wurde, ist allerdings mit Zustimmung Oesterreichs und der andern Großstaaten geschehen. Daß aber besondere Neigung vorhanden war, eine neue europäische Macht entstehen zu lassen, ist nicht anzunehmen. Wenn unser Werk bis jetzt nicht verhindert wurde, so geschah es, weil Alle darin einig waren, jede unbedingte Einmischung des Auslandes zurückzuweisen. (Beifall.) Sobald der hiedurch bedingte Eindruck schwindet, werden alte Reigungen, Gelüste nach Einmischung erwachen, und daher darf der Drang nach Einigung nicht ins Stocken geraten. Die uns gewordenen Aufgaben sind allerdings eine der schwierigsten, die je einem Kulturvolke zu Theil geworden, und daß es nur mächtigen Herrschern gelang, sie zu vollenden, lehrt die Geschichte. Wir haben bei der Erfüllung unserer Aufgaben zwei Feinde zurückzuhalten, einmal dem Süden Gewalt anthun zu wollen, und dann, daß Deutschland Verderben bringt, wenn der angebahnte Abschluß der Einigung in Frage komme. Ich weiß nicht, ob die Süddeutschen die alten Zustände zurückwünschten. Wenn es jemals gelingen kann, Deutschland zu einigen, so kann es jetzt geschehen. Seien wir unserer hohen Aufgaben bewußt und hoffen wir, daß das Jahr 1866 die letzten blutigen Opfer gekostet. Diesen Gefühlen will die Adresse Ausdruck geben, was sowohl dem deutschen Volk, als dem Ausland gegenüber nöthig. Ich schließe mit der Zuversicht, daß die heutige Diskussion und die späteren Verhandlungen stets von dem Gedanken durchweht sind, daß es unsere Pflicht ist, jede Verletzung, jede Feindseligkeit gegenständig zu vermeiden und eine Annäherung zu erstreben. (Beifall.)

Korreferent Abg. Frh. v. Thüngen: Mein Antrag steht im Gegensatz zu dem des Vorredners; ich verstehe nicht seine Tragweite und weiß, wie leicht er mißverstanden werden kann. Ich will offen und wahr sprechen, wozu mich nicht die Absicht, zu verlesen, sondern die unabwiesbare Nothwendigkeit zwingt. Ich kann nicht verhehlen, daß man in Süddeutschland bei der großen Masse des Volkes den Anschluß an den Norden nicht wünscht, weil man für seine Selbstständigkeit und seine Dynastien fürchtet. Wir Gebildeteren wissen, recht gut, daß jeder Schlag gegen Preußen auch uns trifft und stehen daher fest auf dem Boden der Verträge und sind gern bereit, bei irgend einer Gefahr von Außen an Ihrer Seite zu kämpfen und zu bluten. Stellen wir uns aber auf der einen Seite auf den Boden der Verträge, so thun wir es auch auf der andern Seite. Durch die Adresse wird uns etwas zugemuthet, das über unser Mandat und die uns zustehende Befugnis geht. Ein in der Adresse kundgegebener Wunsch ist so gut als eine That, zu der Europa aufschaut. Wir sind keineswegs als die Vertreter Süddeutschlands zu betrachten, da uns nur ein bestimmter Auftrag geworden. Auch wir fühlen das Bedürfnis nach einem Anschluß, aber nur auf dem Weg der Verträge. Wir wollen ehrlich unsere Aufgabe erfüllen und sind gern bereit, freundschaftliche Beziehungen hier anzuknüpfen; aber führen Sie nicht das Wachssthum dieser zarten Pflanze der Freundschaft. Ich bestreite die Kompetenz der Süddeutschen zur Annahme einer Adresse, und selbst der Majoritätsbeschluß kann in dieser Beziehung nichts bedeuten. Als Vertreter Süddeutschlands können nicht diejenigen angesehen werden, welche der Adresse zustimmen. Ich glaube nur das Unabwiesbare gesagt zu haben. Uns liegt eben so sehr als Ihnen die Eintracht Deutschlands am Herzen. (Beifall.)

Der Präsident theilt mit, daß das Loos dahin entschieden habe, daß für die Tagesordnung der Abg. v. Blandenburg gegen dieselbe der Abg. Bluntzschli sprechen werde. — Abg. v. Blandenburg hält es eigentlich, gegenüber den beiden letzten Rednern, gar nicht einmal für nothwendig, für die einfache Tagesordnung zu sprechen. Er glaube, der Abg. v. Bennigsen habe die Gefahr zu groß erblickt und die Eile zu gewaltig gehabt. Mit Rücksicht auf die Antragsteller glaube er jedoch den Antrag auf Tagesordnung noch bekräftigen zu müssen. Er hoffe, die Antragsteller würden seinen Antrag unterstützen, denn er halte den Adressentwurf für einen Irrweg, für eine Sackgasse. Er könne nicht wie der Antrag des Abg. Reichensperger die Inkompetenz des Hauses so weit ausdehnen. Hätten die Süddeutschen es für opportun gehalten, eine Adresse zu erlassen — und warum sollten denn die Schwaben das nicht, einem Fürsten, dessen Verfahren so oft den deuts-

ischen Namen vom schwäbischen Jels bis zum nordischen Meer getragenen, — dann hätte auch er dafür gestimmt. Unter den jetzigen Verhältnissen würde aber, wenn die Adresse von der Majorität angenommen, nichts erreicht, und wenn die Minorität, die Süddeutschen, hier unterliegen, würde ihnen dadurch in Süddeutschland ein Sieg bereitet werden. Daß es zu einer politischen Debatte komme, dafür habe schon der Abg. Dr. Braun zur Genüge gesorgt, wenngleich er dadurch auch eine parlamentarische Niederlage erlitten habe. Durch eine einfache Tagesordnung könne man nicht mit seiner Meinung prälabirt werden, und was den nationalen Gedanken anbetreffe, auf welchen die motivirte Tagesordnung Bezug nehme, so verweise er auf den neben ihm stehenden Abgeordneten v. Schweizer, dessen Idee vom nationalen Gedanken weit über den Elsaß und Lothringen hinaus gehe. Die deutsche Nation sei ein freilebendes, ein Kulturvolk, dem nicht nach Eroberung gelüste. Von zwei Uebeln wolle er lieber das kleinste wählen, und deshalb hier lieber keine Adresse beschließen, als den Staub der Parteileidenchaften in Süddeutschland noch einmal aufzuwühlen. Lassen Sie alle Wünsche und alle Jugendträume fallen; wenn die süddeutschen Brüder wollen, kann uns Niemand hindern, zur Einigung zu gelangen. Lassen Sie uns endlich einmal praktisch werden und mit bloßen Redensarten aufhören. Gehen wir an unsere Arbeit! Nachdem der Abg. Buntzschli noch gegen die Tagesordnung und für Erlaß einer Adresse gesprochen, wird bei Namensaufruf der Antrag auf einfache Tagesordnung mit 186 gegen 150 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Nationalliberalen, ein Theil der Freikonservativen und ein großer Theil der Altliberalen. Der Abg. Kantak enthielt sich der Abstimmung. Nächste Sitzung morgen.

**Berlin, 7. Mai.** Se. Maj. der Königin hat an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten folgende Ordre, die hannoversche Legion betr., erlassen:

Auf den Mir gehaltenen Vortrag will Ich genehmigen, daß denjenigen Militärpflichtigen und Personen des Beurlaubtenstandes aus der Provinz Hannover, welche, ohne anderweiter strafbarer Handlungen schuldig zu sein, sich der militärischen Dienstpflicht entzogen haben, die straflose Rückkehr in die Heimath bis zu einem demnächst von Mir zu bestimmenden Termine zugesagt werde. Auf diejenigen Militärpersonen, welche aus dem aktiven Dienste desertirt sind, sowie auf die ehemals hannoverschen Offiziere und Unteroffiziere, welche sich an militärisch organisirten Vereinigungen im Auslande betheiligt haben, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Ich überlasse Ihnen hiernach, in Ihrem Ressort das Weitere zu veranlassen. Die Minister des Krieges, des Innern und der Justiz, sowie den kommandirenden General des 10. Armeekorps habe Ich hiervon in Kenntniß gesetzt. — Berlin, den 3. Mai 1868. (ggz.) Wilhelm. (ggz.) v. Bismarck.

**Berlin, 7. Mai.** Die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlicht ihr zugegangene und als zuverlässig bezeichnete Korrespondenzen aus Paris und Wien, woraus die wohlwollenden Gesinnungen, welche in dortigen Regierungskreisen für das Zollparlament herrschen, hervorgehen, und wodurch die Pariser Zeitungsgerichte widerlegt werden. Es gebe — schreibt man ihr u. A. aus Paris — in den beiden Ländern Vorurtheile, Beforgnisse und Umwandlungen, mit denen man freilich rechnen, die man aber in die Schranken der gegenseitigen Interessen, deren Zweck und Grundlage der Friede sei, einschließen müsse. In diesem Punkte nun herrsche das entscheidendste Einverständnis zwischen den leitenden Staatsmännern Frankreichs und Preußens; die einen und die anderen halten standhaft fest an der Politik des Friedens, welche nicht bloß über die Präventionen des Nationalgeistes, sondern auch über die von beiden Seiten erkannten realen Schwierigkeiten triumphiren werde.

Der Nothstandsbericht der „Prov.-Korr.“ aus Königsberg schließt: „Man darf der eigentlichen Nothstand nunmehr als im Wesentlichen überwunden halten, abgesehen von der noch bestehenden Nothwendigkeit, die öffentlichen Arbeitsstellen bis zur Ernte zu unterhalten und für Kranke, Schwache, Wittwen und Waisen weiter zu sorgen.“

Von hier läßt sich die Wiener „Presse“ folgendes telegraphiren: „Die Verhandlungen über den schweizerisch-preussischen Handelsvertrag scheitern aller Wahrscheinlichkeit nach an der schweizerischen Forderung in Betreff der Freizügigkeit. Die Schweizer Bevollmächtigten bereiten sich zur Abreise vor.“

**Berlin, 7. Mai.** (Fr. Z.) Wie aus Gumbinnen gemeldet wird, haben die russischen Behörden in Kovno den aus der Provinz Posen gebürtigen, mit einem Pässe versehenen Königsberger Arzt Dr. Borua, angeblich weil er sich früher unter falscher Legitimation in Polen aufgehalten haben soll, verhaftet. Der Vorfall ist dem Bundeskanzler angezeigt worden und werden darauf bezügliche Weisungen erwartet.

#### Oesterreichische Monarchie.

† **Wien, 6. Mai, Abends.** Man hat hier dem Vernehmen nach bereits die Gewißheit, daß der heil. Stuhl sofort nach der Publikation der konfessionellen Gesetze einen entschiedenen Protest gegen deren rechtliche Möglichkeit und rechtliche Gültigkeit einlegen wird. Es dürfte das auch einer der Gründe sein, weshalb mit der Kaiserl. Sanktion zugewartet wird, bis der ganze Komplex jener Gesetze vom Reichsrath beschloffen worden. Man hat die jedenfalls verbitternde Prozedur vermeiden wollen, auf den Protest gegen das erste und zweite Gesetz unmittelbar mit der Publikation des dritten antworten zu müssen.

**Wien, 7. Mai.** Das Herrenhaus nahm das Gesetz, betreffend die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden, mit unwesentlicher Modifikation in der Fassung des Unterhauses an. — Das Abgeordnetenhaus begann die Debatte über das Gesetz, betreffend die Freigebung der Advokatur. Der Justizrichter beantragt die Annahme des Gesetzes. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

**Wien, 7. Mai.** Die „Abendpost“ meldet, in dem Besinden des Frhrn. v. Benji sei eine wesentliche Erleichterung eingetreten, und habe das Unwohlsein keine ernstere Bedeutung.

† **Wien, 7. Mai.** Das Abendblatt der „Presse“ erfährt angeblich als zuverlässig aus Berlin, Graf Bismarck sei überzeugt, daß bei den Kopenhagener Ansprüchen kein unmittel-

bares Abkommen über die nord-schleswig'sche Frage erzieltbar sei. Er werde sich wegen Lösung der Frage zunächst nach Wien wenden. Das Wiener Kabinet soll von der Ergebnisslosigkeit der Verhandlungen in Kenntniß gesetzt werden. Das Berliner Kabinet gedente sich bestimmt über die vom Standpunkt des deutsch-nationalen Interesses möglichen Abtretungen auszusprechen. Oesterreich möge Preußens Anerbieten in Kopenhagen als Erfüllung des Art. V. des Prager Friedens annehmen. Auch das französische Kabinet soll von den Absichten der preussischen Regierung unterrichtet werden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Preußen ernstlich in der Annäherung an Oesterreich eine Garantie des Friedens suche.

#### Schweiz.

**Bern, 5. Mai.** (Köln. Ztg.) Heute hat der Bundesrath in außerordentlicher Sitzung die Schlußinstruktionen für die Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollverein, welche bekanntlich auf einige Schwierigkeiten gestoßen waren, definitiv festgestellt. Laut Vernehmen war es namentlich die Regelung der Niederlassungsverhältnisse, welche, da die freie Niederlassung mit freier Gewerbeausübung wohl in den Staaten des Norddeutschen Bundes, aber noch nicht in Süddeutschland allgemein zu Hause ist — in Bayern existirt z. B. noch der Junzuzwang — Schwierigkeit bot. Was die kommerziellen Fragen betrifft, hatte die Schweiz, belehrt durch die Stuttgarter Verhandlungen, nicht mehr verlangt, als was der schweizerisch-französische Handelsvertrag gewährt. Das Einzige, was die Schweiz von den süddeutschen Staaten noch wünschte, war eine Zollreduktion für ihre Weine, während diese ihre Biere, hinsichtlich des Dmgeldes, wie die Schweizer Biere von den Kantonen behandelt wissen wollten, auf welches Verlangen jedoch wegen der Bundesverfassung nicht eingetreten werden konnte. Da die Tarifansätze des schweizerisch-französischen Handelsvertrags bereits für den Verkehr mit Deutschland gelten, dürfte somit der neue Handelsvertrag mit dem Zollverein der Schweiz keine großen Verbesserungen bringen.

#### Italien.

\* **Florenz, 4. Mai.** Tag für Tag wird von den englischen Korrespondenten in Florenz über die enthusiastische Aufnahme, die dem Kronprinzen von Preußen allenthalben von der Bevölkerung zu Theil wird, berichtet, und alle stimmen darin überein, die taktvolle, reservirte Haltung des Prinzen diesen Demonstrationen gegenüber hervorzuheben. „Die antifrancialesche Stimmung“ — schreibt der Times-Korrespondent — ist gegenwärtig so stark, daß sie sich bei jedem Anlaß Luft macht. Dazu kommen die Erfolge des Prinzen im Felde und die Vortheile, die Italien aus jenen Siegen gezogen, so daß der Prinz, gleichzeitig Gegenstand der dankenden Bewunderung und politischer Vorliebe, allenthalben den Ausbrüchen der übermäßigen Begeisterung sich entziehen muß. Beim Turnier in Turin war er zeitweise der alleinige Held, dem die Menge ausschließlich ihre Beifallsgrüße zusandte, was in dessen der Prinz in Gegenwart der königl. Familie mit richtigem Gefühl ignorirte. Ähnliches trug sich am 1. Mai Abends im Pergola-Theater zu. Die Bologneser wollten die Durchreise des Prinzen mit großer Festlichkeit feiern, auch dort aber lebte er die Ehre ab. Kurz, während der ganzen Dauer seiner Anwesenheit hat sich der preussische Gast ohne Affektation und ohne zu zeigen, daß es ihm im mindesten bekannt ist, wer von den in Florenz weilenden Persönlichkeiten das größte Interesse erregt, stets im Hintergrund gehalten. Vor dem Hotel della Pace, von dessen Balkon die schwarzweiße Fahne flattert, stehen fortwährend Haufen von Neugierigen, und zahlreiche kleine lebenswürdige Anekdoten werden fortwährend über ihn erzählt. Dem König stattete der Prinz in früher Morgenstunde Besuch ab und in über-raschte ihn im Schlafrock, so daß Viktor Emanuel in einige Verlegenheit gerieth, die aber alsbald vor dem ungezwungenen herzlichen Wesen des Gastes wich.

\* **Rom, 6. Mai.** Der Papst weihte gestern zwei aus den Vereinigten Staaten und Barcelona gesendete Fahnen, übergab dieselben den Truppen, und hielt dabei eine Rede, worin er sich sehr warm für die Aufrechterhaltung der Integrität des weltlichen Dominiums aussprach.

\* **Rom, 6. Mai.** Der „Allg. Ztg.“ zufolge wird am Peterstage (24. Juni) von dem Papst die kanonische Bulle verkündigt werden, welche das Allgem. Concil auf den 8. Decbr. 1868 einberuft.

#### Franreich.

\* **Paris, 7. Mai.** Der „Figaro“ enthält einen sehr unständlichen und, wie es scheint, offiziellen Bericht über das Zeremoniell und alle Einzelheiten der ersten Kommunikation des Kaisers. Die Summe, welche die Kaiserin unter die an demselben Tag die heil. Kommunikation begehenden Kinder in Frankreich vertheilt läßt, beläuft sich auf 150,000 Fr. — Der neue russische Gesandte, Graf v. Stackelberg, wurde heute in Paris erwartet. — Die „France“ widerlegt das Gerücht, daß die in Frankreich sich aufhaltenden hannoverschen Soldaten und Offiziere nach Algerien geschickt und in die Fremdenlegion eingereiht werden sollten.

In Bezug auf die motivirte Tagesordnung der H. v. Ujeft und v. Roggenbach bemerkt der „Constitutionnel“:

Wir sind nicht blind genug, um uns einzureden, daß jene Tagesordnung völlig von dem Geist frei sei, der den Abrejentwurf eingegeben hat. Dieselbe politische Doktrin verbirgt sich in ihr nur unter einer etwas geschickteren Form. Die Bestimmungen bleiben die nämlichen. Die Tagesordnung des Herzogs v. Ujeft scheint zu begreifen, die Angelegenheit, die sich in der Sprache der national-liberalen Fraktion vertritt, eben so sehr zu verbeden, wie zu jügel. Darum ist es auch zweifelhaft, ob dieselbe die Majorität im Zollparlament erhalten wird, wo man vielleicht so verständig ist, sie noch etwas zu sehr accentuirt zu finden. Sicherlich ist sie nicht angethan, um die süddeutschen Abgeordneten zufrieden zu stellen. Wir für unsern Theil sind geneigt, jene Tagesordnung als ein Anzeichen der vernünftigen und verhältnißmäßigen Anschauungen einer wichtigen Fraktion der Majorität des Zollparlaments anzusehen; allein wir können uns des Gefänd-

nisses nicht erwehren, daß uns an derselben am meisten die Konfusion gefällt.

Heute fand in der Akademie die Wahl von zwei neuen Mitgliedern statt. Als Nachfolger von Flourz wurde der berühmte Physiolog Claude Bernard mit 21 Stimmen gewählt. Den Sessel von Ponsard wird Utran ein mehr durch seinen Reichthum und seine feine Küche, als durch seine Verse bekannter Poet, einnehmen. Er erhielt 23 Stimmen; sein Mitbewerber Théophile Gautier, der, wie die „Opinion“ beifend bemerkt, nicht durch die Akademie zu gehen braucht, um auf die Nachwelt zu gelangen, erhielt nur 9 Stimmen.

Börse. Man war heute in Baisse und kam allmählig von einer schlimmen Nachricht zu der andern bis zu Wiener Art Parik. Wie es den Anschein, war wieder wenig Wahrscheinliches mit vielem Unglaublichen oder gerabzu Erfundenen vermischt. Das spanische Finanzministerium sollte beabsichtigen, einen Verjährungsstermin für die Gültigkeit der nicht konvertirten Rentenscheine anzusetzen; dann sprach man viel von unmittelbar eintretenden militärischen Maßregeln gegen den Bey von Tunis, und endlich sprach man viel von neuerdings ausgebrochenen Befürchtungen in Bezug auf die sog. „Mainzer Frage“. Die Baissiers munkelten sogar von einer Note, die in dieser Sache nach Berlin abgegangen wäre. Die Rente fiel 7 1/2 Cent, ital. Anl. 15. Dagegen aber Cred. Mob. 25 Fr., Cred. fonce. 11.25. Auch die Bankbilanz ist wieder sehr ungünstig ausgefallen. Schlusskurse: Rente 69.22 1/2, Cred. mob. 210, Oesterr. 558.75, ital. Anl. 48.60.

\* **Paris, 8. Mai.** Der Senat hat gestern das Preßgesetz mit 93 gegen 24 Stimmen angenommen.

#### Niederlande.

Aus dem Haag wird telegraphirt, daß Hr. van Reenen, Präsident der Zweiten Kammer, vom König mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei und diesen Auftrag angenommen habe.

#### Dänemark.

\* **Kopenhagen, 7. Mai.** „Dagbladet“ erfährt, daß ein englisches Kriegsschiff erwartet wird, welches den englischen Gesandten Wyke nach Kopenhagen bringen soll. Die Reize-mission Wyke's bestehe darin, eine Verbindung des dänischen Kronprinzen mit der englischen Prinzessin Louise anzubahnen.

#### Serbentepost.

\* **Konstantinopel, 2. Mai.** Die österreichischen Erzherzoge sind auf dem Landweg über Warna zurückgereist und werden ein Donau-Dampfsboot zur Weiterreise benützen. — Der türkische Kriegsminister wird nächstens die Garnisonen in Bulgarien, Bosnien und an der ganzen griechischen Grenze inspizieren. — Drei österreichische Banknotenfälscher wurden festgenommen. — Patriarch Bolerga dankte dem Sultan für die günstigste Behandlung der Christen.

\* **Zurrua, 2. Mai.** Die Herzoge von Modena und Parma sind gestern nach Alexandrien abgereist.

\* **Athen, 2. Mai.** Die Ernteaussichten sind vortreflich.

#### Großbritannien.

\* **London, 6. Mai.** Parlamentsverhandlungen vom 5. Mai.

Von den verschiedenen Interpellationen, die im Unterhause gestellt wurden (die Sitzung des Oberhauses war kurz und bietet nichts Mittheilenswerthes), ist die Bagwell's allein erwähnenswert. Er frug nämlich, ob Angesichts des gegenwärtigen ruhigen Zustandes von Irland die Regierung es für nöthig erachte, die während der Suspension der Habeas-Corpus-Akte Verhafteten noch länger in Gewahrsam zu halten, und wie viele solcher Verhafteten sich gegenwärtig in den Gefängnissen befinden. Darauf erwiderte der irische Sekretär, Lord Mayo, es hätten sich, als er den Antrag auf weitere Suspension der genannten Akt stellte, 96 Personen in Gewahrsam befunden. Seitdem sei deren Zahl auf 23 zusammengeschmolzen, von denen 14 jetzt ebenfalls auf die Bedingung hin, aus dem Land zu gehen, entlassen werden sollen. Das Haus werde demnach einsehen, daß die Suspension der Habeas-Corpus-Akte ehestens aufhören werde, praktisch wirksam zu sein.

Die erste Hälfte des Sitzungsabends wird von einer strengen Ketzestrafung Disraeli's ausgefüllt. Seine am verflorenen Abend abgegebene Erklärung über seine Befprechung mit der Königin stimmte nämlich nicht mit der gleichzeitig im Oberhause durch den Herzog von Richmond gemachten. Gladstone und nach ihm eine lange Reihe von Oppositionsmitgliedern bringen nun nach einander auf den Premier ein, damit er sich deutlicher erkläre über das, was er der Königin gerathen, und was diese ihm zugesagt habe, zumal über den einen Hauptpunkt, ob er ermächtigt worden sei, das Parlament bloß in Rücksicht auf die irische Kirchenfrage, oder bei jeder etwa später vorkommenden Niederlage der Regierung in andern Fragen, und zwar in jedem ihm beliebigen Moment aufzulösen. Der Premier gibt darauf eine Wiederholung seiner gestrigen Erklärung zum Besen, ohne die gestellte Frage in präziser Weise zu beantworten. Dadurch gereizt, stellen mehrere Redner der Opposition nochmals dieselbe Frage an ihn, wobei manche scharfe und beleidigende Ausdrücke gegen den Premier gebraucht werden. Der sonst gemessene Cardwell fragt: „Man sage uns deutlich, ob wir noch freie Volksvertreter sind, oder ob unsere Sitze in diesem Hause von dem bloßen Gutdünken des Premiers abhängen?“ Horsman ist der Ansicht, daß viele Mitglieder nicht mehr im Hause erscheinen würden, wenn es wahr sein sollte, daß Disraeli es nach Belieben auflösen könne. Arton klagt den Premier an, daß er verfloren angedeutet habe, es wolle die Königin das Ministerium im Amt halten, um ihrer Mißbilligung mit der Haltung des Unterhauses Ausdruck zu geben. Hibberd erhebt gegen ihn den Vorwurf, daß er sich des Namens der Königin in ungebührlicher Weise bediene, und sich selber durch den Thron zu decken. Osborne wiederholt in noch stärkeren Ausdrücken die Anklage, daß der Name der Königin zu Parteizwecken gemißbraucht und geradezu „besudelt“ worden sei, wobei er den Verdacht ausspricht, daß eine geheimnissvolle Kraft hinter dem Thron stehe, welche verfassungswidrigen Rath gebe und, nicht zufrieden, der Genius der Regierung zu sein, den Versuch mache, sich über die Privilegien des Unterhauses zu er-

haben. (Er meint damit Lord Derby.) Er endlich verlangt unter...  
Dergestalt gedrängt, erklärt endlich Disraeli, daß der Rath, den er der Königin zur Auflösung des Parlaments gegeben, sich lediglich auf die irische Kirchenangelegenheit beziehe, und daß, wenn er und seine Kollegen späterhin etwa eine Auflösung wegen einer andern Frage für räthlich halten sollten, sie sich abermals deshalb an S. M. wenden müßten. Dabei erklärt Disraeli, daß es nicht seine Schuld gewesen, wenn der Name der Monarchin ungebührlich in die Debatte gemischt wurde, daß er nur für seine, nicht aber für die Erklärung eines Kollegen in Oberhause verantwortlich gemacht werden könne, daß er nicht aus unwürdigen Motiven, sondern aus Rücksicht auf die beispiellos schwierige Lage nicht sofort zur Auflösung gerathen habe, und daß die Regierung sich nach wie vor der Aufschaffung der irischen Kirche widersetzen werde, wenn sie auch keine zeitraubende Parteidebatte über die beiden letzten Resolutionen in Szene setzen wolle.

Zwar scheint auch diese Erklärung einem Theil der Linken noch nicht unabweisend genug, jedoch wird damit der Gegenstand vorerst fallen gelassen.

**London, 7. Mai.** Stanley antwortete einer Deputation von Aktionären mexikanischer Obligationen, daß er den Bruch des diplomatischen Verkehrs mit Mexiko verurtheile und die freundschaftlichen Beziehungen zu der mexikanischen Regierung zu erneuern hoffe.

**Amerika.**

**Washington, 7. Mai.** Das Abgeordnetenhaus hat den Beschluß gefaßt, daß Kriegsschiffe nach dem St. Lorenz-Golf geschickt werden sollen, um die Rechte amerikanischer Schiffer zu beschützen.

**Baden.**

Karlsruhe, 8. Mai. Infolge Erlasses Großh. Handelsministeriums vom 1. d. M. sind die Postaspiranten: E. Kies von Karlsruhe, E. Müsch von Wehrheim, A. Silbebrand von Meersburg, G. Reimann von Bonndorf, G. Vath von Königheim, L. Landenberger von Auenheim, K. Kunkelmann von Mannheim, K. Straub von Friedrichsdorf, J. Habelschöfer von Schönau, D. Kühle von Predthal, Fr. Schärer von Weisbaden, B. Blas von Buchen, G. Joders von Regeleburg, A. Spindler von Freiburg, G. Freundschaft von Uffigheim, L. Krauß von Mosbach, A. Halbig von Dornvittighausen — nach vorläufiger Prüfung unter die Zahl der Postpraktikanten aufgenommen worden.

Dürheim, 5. Mai. (Frhg. Bzg.) Die Eröffnung der Dürheimer Bäder findet am 24. d. Mts. statt. Die Saison verspricht nach Allem, was man bis jetzt vernommen, sich äußerst günstig zu gestalten.

Von der Schutter, 6. Mai. (Oberh. Kur.) Nach einer uns so eben zugehenden Mittheilung ist es dem allgemeinen deutschen Feuerwehrgesetz gelungen, bezüglich des Weizens der Privat-Feuerwehrgesellschaften zur Beitragsleistung an die einzelnen Feuerwehrlandesklassen, behufs Errichtung neuer und Unterstützung schon bestehender Feuerwehren, von Seite der k. preussischen und k. sächsischen Regierung bestimmte Zusagen zu erhalten. Diese Zusagen beschränken sich zwar vorerst nur darauf, daß die betreffenden Regierungen die Sache in die Hand nehmen und mit den verschiedenen Gesellschaften in's Benehmen treten wollen. Es ist dies, nachdem mehrere Regierungen jede Unterstützung in dieser für den Bestand der Feuerwehren so wichtigen Sache ablehnten, und der Ausschuss ohne Bestand derselben nichts erreichen konnte, immerhin ein Schritt vorwärts in der schon Jahre lang bei allen Feuerweherversammlungen auf der Tagesordnung stehenden brennenden Frage.

**Vermischte Nachrichten.**

Hohenjahren, A. Weinh. 6. Mai. (B. L.-Bzg.) Einer Verfügung Großh. Bezirksamts Weinhelm zufolge werden im diesjährigen Amtsbezirk seit 2. d. M. Raikäfer gefangen, durch siedendes Wasser getödtet und sodann in die Erde vergraben. Hundert Stück werden mit 2 Kr. aus hiesiger Gemeindefasse bezahlt. Diese Razzia hat bis heute in unserem Ort über 80,000 Stück ergeben. Die übrigen Orte unseres Amtsbezirks werden wohl ähnliche Ergebnisse aufzuweisen haben.

Regensburg, 2. Mai. (Pass. Bzg.) Im Lauf dieses Monats wird das von König Ludwig I. seinem Lehrer, dem Bischof Sailer, bestimmte Denkmal zur Aufstellung gelangen, da der Unterbau in wenigen Tagen vollendet ist.

Frankfurt, 7. Mai. Die landwirthschaftliche Vieh- und Maschinen-Ausstellung hat heute ihren Anfang genommen. Der Andrang von Fremden, namentlich von Oekonomen, Gutsbesitzern u. aus den Nachbarländern ist schon ziemlich bedeutend, dürfte sich aber, wenn das heute eingetretene milde Wetter anhält, in den nächsten Tagen noch sehr steigern. Die hübsch hergestellten Räumlichkeiten (der große Viehdamm mit den daran stehenden Reitbahnhallen) sind wie geschaffen für eine solche Ausstellung. An Maschinen sind über 1000, an Vieh über 300 Stück ausgestellt. Bei der Maschinenausstellung sind außer Frankfurt theilhaft: Großherzogthum Hessen, Königreich Sachsen, Großherzogthum Baden (Breßm aus Mannheim, Lang u. Cie. aus Karlsruhe, Lang u. Cie. aus Mannheim, Maschinenfabrik in Karlsruhe, Fr. Ruppert ebendort, J. Schweizer aus Mannheim u. c.); Preußen (J. Dux aus Sigmaringen, H. F. Gertel in Berlin, J. Goldstein in Breslau, Direction der Dampfschiffahrts-Kompagnie in Magdeburg, Gust. Heise in Aachen, Jaf. Hilgers in Rheinbreßl, L. Jäger in Burscheid, C. Müller in Berlin, C. Pabbe in Köln, C. Schlichter in Berlin, C. Schmidt's Sohn in Breslau, Schneiter u. Andree in Berlin, M. Webers ebendort, Fr. Weibel ebendort, C. Weidmann in Burscheid u. c.); Württemberg (J. G. G. Hart in Altheim, D. H. Ullm, M. Marlin in Tübingen u. c.), Hamburg (H. Goldschmidt u. Cie., Polack, Schmidt u. Cie., M. Wilczek), Oesterreich, Bayern, Großherzogthum Luxemburg, Kurhessen (Medet in Marburg, J. Müller u. Sohn in Hofenheide, A. Peltzer in Hanau, J. Todote in Hanau); England und Hannover. Für ausgestelltes Vieh- und Mastvieh (ausgezogene Thiere) aus Baden, Großherzogthum Hessen, Württemberg, Bayern, Nassau, Schweiz kamen heute Vormittag 5000 fl. zur Vertheilung; außerdem hatten der Wanderverein hiesiger Landwirthe (200 fl.), die Frankfurter Metzger (silberne Pokale), die württembergische (250 fl.) und die Großh. hessische Regierung über 300 fl. als Extrapreise ausgesetzt.

Mainz, 7. Mai. (Frhg. Bzg.) Gegen zwei hiesige Geschäftsleute ist wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussung eine Untersuchung eingeleitet worden; dieselben sind deshalb auf morgen vor das hiesige Bezirksgericht verwiesen. Wegen des von der Fortschrittspartei erlassenen Wahlmanifestes und eines Artikels im „Mainz. Anz.“ sind ebenfalls Untersuchungen eingeleitet. — Es ist als sicher anzunehmen, daß ein hessisch-darmstädtisches Infanterieregiment hierher verlegt wird.

Düsseldorf, 6. Mai. Der Oberprokurator macht unterm 22. v. M. Folgendes bekannt: „Der am 26. Juli 1849 gegen den früheren Advokat-Anwalt Hugo Wejendank von hier erlassene Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.“

Berlin, 7. Mai. (N. Pr. Bzg.) Eine erschütternde Katastrophe hat sich heute ereignet. In einem Laden des Hauses Kurstraße Nr. 18-19 befindet sich ein Licht- und Seifengeschäft von Erbes, welches seit einigen Tagen geschlossen war und behufs gerichtlicher Verwahrung wieder eröffnet werden sollte. Zu diesem Zweck begab sich der Kaufmann Thieme heute Vormittag um halb 10 Uhr in den fast ganz dunklen Laden, rief aber sofort seinen Begleiter zu, sie möchten kein Schwefelholz anzünden, weil ein auffälliger Geruch nach Gas in dem Raum verbreitet war. In demselben Augenblick geschah aber schon eine Explosion des Gases, welche von solcher Heftigkeit war, daß sie nicht nur die Decke des Ladens mit der ganzen zehnjährigen Balkenlage sprengte, sondern sogar auch den gewölbten Keller durchbrach. Die Ursache dieser Explosion war folgende: In der Stube über dem Laden befindet sich das Weiswaaaren-Geschäft von Goldschmidt u. Vadt, in welchem man gleichfalls den Gasgeruch gespürt und einige Gasarbeiter hatte kommen lassen, welche die Gasleitung einer genauen Prüfung mit einem brennenden Licht unterzogen. Hierbei explodirte das Gas und es verbreitete sich die Explosion durch die Abtheilung bis in den Laden des Erbes. Die Gewalt des Druckes war eine so furchtbare, daß nicht nur im Haus und den gegenüberliegenden Gebäuden sämtliche Scheiben zerbrachen, sondern daß auch der Kaufmann Thieme durch den Laden bis mitten auf den Damm geschleudert wurde. Der Handlungslehrling Pinkus, welcher sich gerade in dem Zimmer über der Explosion befand, wurde mit der Decke in die Höhe gehoben und verbrannte alldann in den plötzlich ausbrechenden Flammen. Ein zweiter Lehrling, Meyer, wurde eine Treppe hoch aus einem Fenster herab auf die Straße geworfen, ohne sich jedoch zu verletzen. Die gerade auf der Straße Vorübergehenden erlitten zum Theil sehr schwere Verletzungen durch die überall umherfliegenden Glassplitter, Steine und Kalkstücke. Auf diese Weise sind ungefähr 6 Personen und zum Theil sehr gefährlich verletzt. Einer Frau wurde die Haut vom Kopf gerissen und ihr Gesicht bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Schätz gegenüber waren einige Leute damit beschäftigt, Steinbohlen in ein Haus zu tragen, als die Explosion sie gegen die Wand warf und einem von ihnen ein Bein brach. Aus der Ladentüre des Erbes wurde der Thürbeschlag und Theile des Schlosses herausgedrückt und flogen gerade gegenüber in eine Apotheke. In dem Hinterhause und auf dem Hof des Hauses, wo die Explosion stattfand, wurde eine Thür quer über den Hof gegen eine Wand geworfen, wobei sie unterwegs einem Menschen gegen den Hinterkopf flog und ihn — wie man hört — tödtete. Sofort nach dem viele Straßen weit gehörten Knall eilte die Feuerwehr herbei und befand sich schon nach wenigen Minuten auf der Brandstätte, wo die Flammen aus allen Stockwerken emporzuschlugen. Ein Theil der Hausbewohner hatte sich bereits gerettet; einige Leute, die in ihrer Verzweiflung nicht wußten, wohin sie sich wenden sollten, wurden sofort vom Dach und aus oberen Stuben geholt und in Sicherheit gebracht. Die Leiche des Pinkus fand man sehr entstellt unten im Schutt des Ladens, während eine Leiche, die in seiner Weste sich befand, noch ging. Gegen 11 Uhr wurde man des Feuers, welches fast den ganzen Hügel des Hauses verbrannt hatte, endlich in so weit mächtig, daß man an das Aufräumen des Schuttes gehen konnte, wobei man in dem Keller leider noch die Leiche der Schwester Erbes vorfand, welche in der Hand ein Gewehrstück hielt. Gleich im Anfang des Brandes hatte sich unter dem Publikum das Gerücht verbreitet, daß ein großes Lager von Petroleum im Hause sich befunden habe und hierdurch die Explosion entstanden sei. Es wurde jedoch ermittelt, daß im Ganzen nur 45 Quart Petroleum dort vorhanden gewesen, also noch nicht die Menge, welche polizeilich erlaubt ist. Gegen halb 12 Uhr war der Brand ziemlich zu Ende; aber das ganze sehr bedeutende Waarenlager von Goldschmidt und Vadt war verbrannt, und in großen Haufen lagen die werthvollen Zeuge auf der Straße und dem Hof.

Unter den 32 Mitgliedern des Zollparlaments, welche die Uffers-Roggenbach'sche motivirte Tagesordnung unterstützten, befindet sich auch Frhr. v. Söler.

Bromberg, 6. Mai. Gestern hat die wegen Beanstandung der Wahl des Grafen Schulenburg-Flehe zum Reichstags-Abgeordneten für den Wahlkreis Gohzeien-Garnitzau erforderlich gewordene Neuwahl stattgefunden. Graf Schulenburg-Flehe wurde mit einer Majorität von 1512 Stimmen gegen v. Zasha-Strelitz wiedergewählt.

Wien, 7. Mai. Der frühere Stuttgarter Oberregisseur Moriz ist im 68. Lebensjahr gestorben. Er lebte hier bei seiner verheirateten Tochter.

Aus Saint-Paer (Frankreich) schreibt man dem „Moniteur“, daß seit dem ersten Mai die Raikäfer in ungeheurer Menge sich zeigen. Der Bürgermeister des genannten Orts ließ an einem etwa 25jährigen Kirschbaum die Raikäfer sammeln und erhielt 16 Pfund dieser Thiere. Da etwa 520 Käfer ein Pfund wiegen, so kann man die Menge derselben leicht berechnen. In den ersten Tagen des Mai wurden in der Gemeinde Saint-Paer über 1200 Pfund Raikäfer gesammelt.

Von dem Marschall Narvaez bringen die französischen Blätter folgenden schlechten Witz. Als der Marschall im Sterben lag, ermahnte ihn ein Priester, seinen Feinden zu vergeben. „Feinde?“ antwortete Narvaez, „ich habe schon lange keine mehr, ich ließ sie alle erschießen!“

Der berühmte englische Schauspieler Eotlyern ist wahnfinnig geworden. Seine fixe Idee besteht darin, daß er sich einbildet, ein Jünger an der Hand zu haben, die er beständig zählt. Man zweifelt an seiner Heilung.

\* Aus A. Bessinien liegen von der Expedition nunmehr Briefe bis zum 9. April (Tag vor dem ersten Kampf mit Theodor) vor, die indessen keine Neuigkeiten enthalten. Aus Ragdala von den Gesangenen sind gleichzeitig Briefe bis zum 31. März eingetroffen, deren letzter die Freilassung durch König Theodor meldet. Der Letztere benahm sich bei der Ankündigung, daß seine „Freunde“ nur nicht mehr

bewacht werden sollten, äußerst gnädig und war überhaupt in der besten Laune von der Welt.

† Einfache Prüfung des Mehls. Man übergießt 1 Loth Mehl in einem kleinen Porzellangefäß mit 1/2 Loth reinem Wasser und vermengt das Ganze gut zu einem Teig; darnach befeuchtet und besiebt man den Teig. Bei Proben mit verschiedenen Mehlsorten wird man zu dem Urtheil berechtigt, daß zu dem festesten Teig das beste Mehl verwendet wurde, der weichste Teig dagegen auf das schlechteste Mehl deutet, weil die Güte des Mehls in der Hauptsache von dessen Ausgiebigkeit abhängt; das Mehl, von dem man einen festern Teig bekommt, muß schon darum ausgiebiger und somit besser sein als jenes, von welchem man einen weichern Teig bekommt, weil man zu irgend einer Gebäcksorte, zu welcher weicher Teig erforderlich ist, bei besserem Mehl wieder mehr Flüssigkeit zu verwenden vermag und somit mehr Teig und Gebäck erzielt oder bei gleicher Flüssigkeit weniger Mehl benöthigt, um diese Teige- und Gebäcksmasse in quantitativer und qualitativer Beziehung zu erzielen.

Mannheim, 7. Mai. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Zollpfd. 17 fl. — G., 17 fl. 10 P., ungarischer 16 fl. 45 — 17 45 G., 17 fl. 45 P., auf Lieferung pr. Mai — fl. — G., 17 fl. 20 P. — Roggen, eff. — fl. — G., 14 fl. — P., auf Lieferung pr. Mai — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend — fl. — G., 11 fl. 30 P., fränkische — fl. — G., — fl. — P., württembergische 11 fl. 40 G., 11 fl. 45 P., ungarische — fl. — G., 11 fl. 45 P. — Hafer, eff. 100 Zollpfd. 5 fl. 30 G., 5 fl. 36 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. — fl. — G., 17 fl. — P. — Delsamen, deutscher Kolbtreps — fl. — G., 18 fl. 30 P., ungarischer — fl. — G., 17 fl. 30 P. — Bohnen — fl. — G., 14 fl. 30 P. — Linen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., 6 fl. — P. — Wicken 9 fl. 45 bis 10 fl. — P. — Klebsamen, deutscher I. — fl. — G., 24 fl. — P. — Del: (mit Fas) 100 Zollpfd. Leinöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 22 fl. 15 P., sahweise — fl. — G., 22 fl. 30 P. — Rübsöl, eff. Inland, sahweise — fl. — G., 21 fl. 30 P., in Partien — fl. — G., 21 fl. 15 P. — Mehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 15 fl. — P., Nr. 1 — fl. — G., 14 fl. — P., Nr. 2 — fl. — G., 13 fl. 5 P., Nr. 3 — fl. — G., 10 fl. 30 P., Nr. 4 — fl. — G., 8 fl. 30 P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0-1 — fl. — G., — fl. — P. — Brauntwein, eff. (50% n. L.) transit (150 Litres) — fl. — G., 24 fl. 30 P. — Spirit, 90% transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 11 fl. 45 P. Weizen, Roggen und Gerste matt; Hafer stille; Leinöl und Rübsöl niedriger; Petroleum behauptet; Mehl ziemlich unverändert.

Karlsruhe, 8. Mai. In der hiesigen Mehlhalle wurden am 6. Mai zu Durchschnittspreisen per 150 Pfund verkauft: Runkelmehl Nr. 1 19 fl. 15 Kr.; Schwammehel Nr. 1 18 fl. — Kr.; Mehl in 3 Sorten 17 fl. — Kr.

In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt: 43,989 Pfd. Mehl. Eingeführt wurden vom 30. April bis 6. Mai 148,801 Pfd. Mehl.

Davon verkauft: 192,790 Pfd. Mehl. 140,259 Pfd. Mehl. Blieben aufgestellt: 52,531 Pfd. Mehl.

Ergebnis des am 1., 2. und 5. Mai 1868 in Billingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Verkauf.	Ganze Ztr.	Preis per Ztr.	Ausschlag per Ztr.	Abschlag per Ztr.
Kernen	990	9352 fl. 43 fr.	9 fl. 27 fr.	— fl. — fr.	8 fr.
Roggen	12	91 fl. 48 fr.	7 fl. 39 fr.	— fl. 24 fr.	— fl. — fr.
Gerste	22	139 fl. 48 fr.	6 fl. 21 fr.	— fl. 21 fr.	— fl. — fr.
Bohnen	20	120 fl. 3 fr.	6 fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Erbsen	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Mittelfrucht	154	913 fl. 41 fr.	5 fl. 56 fr.	— fl. 6 fr.	— fl. — fr.
Wicken	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Hafer	256	1440 fl. 19 fr.	5 fl. 38 fr.	— fl. 9 fr.	— fl. — fr.
Esparsette	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.

Frankfurt, 8. Mai, 2 Uhr 17 Min. Nachm. Desirr. Kreditaktien 189 1/2, Staatsbahn-Aktien 263 1/2, National 52 1/2, Steuereire 49 1/2, 1860r Loose 70 1/2, Desirr. Valuta 101 1/2, 4prozent. bad. Loose 96 1/2, Amerikaner 75 1/2, Gold 139 1/2, 108 1/2.

**Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

7. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.10.00	+ 9.0	N.O.	stark bew.	Sonnentl., kühl
Mittags 2 "	" 9.37	+ 15.5	"	ganz "	trüb, mild
Nachts 9 "	" 9.02	+ 12.0	"	stark "	Trüb, leicht Regen

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.** Sonntag 10. Mai. 2. Quartal. 63. Abonnementsvorstellung. Die Stimme von Vortici, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Auber. Anfang 6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Billingen. (Nachruf!) Vor wenigen Tagen haben wir unsern vieljährigen Seelsorger, Hrn. Delan und Stadtpfarrer J. B. Ruttuff, zu Grabe geleitet. Noch selten waltete ein so großartiger Leichenzug unserm alten Gottesacker zu. Aus der Stadt und den Filialen kamen die Pfarrgenossen zahlreich herbei, — aus Donaueschingen, seiner Heimatgemeinde, eine Abordnung der Gemeindebehörden, — um dem theuern Lobten die letzte Ehre zu erweisen. Denn so unerwartet dieser Todesfall (auf ein nur stügendes Krankenlager) gekommen, mit um so größerer Trauer erfüllt uns Alle der so plötzliche Verlust. Das Andenken an sein 17jähriges, segenerreiches Wirken dahier wird in dankbaren Herzen eingegraben bleiben. Viele verlierten an ihm ihren Wohlthäter, Alle aber einen väterlichen liebevollen Freund und Seelsorger. Friedlos in seinem Privatcharakter, war er auch als Priester stets pflichtgetreu, aufopfernd und duldsam, ein echter Jünger des Herrn.

Wir fühlen uns gedrungen, die Gefühle unseres Herzens den vielen auch entfernteren Freunden des Verstorbenen bekannt zu geben, als Zeugniß unserer Trauer und als sprechenden Beweis dafür, daß es einem wahren und echten Seelsorger auch heutzutage noch gelingen kann, das Vertrauen, die Liebe und Hochachtung seiner Pfarrgemeinde sich in hohem Grade zu sichern.

Billingen, 3. Mai 1868. — Eine große Anzahl Bürger und Pfarrgenossen der Stadt und der Filiale,

